

Probleme der Gewerkschaften im Prozeß der Integration Westeuropas

Prof. Dr. Lutz Niethammer, Jahrgang 1939, studierte Evangelische Theologie, Politikwissenschaft, Soziologie und Staatsrecht in Bonn, Köln, Heidelberg und München. Er ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Essen-Gesamthochschule. Prof. Niethammer hat sich besonders mit Problemen der Geschichte nach 1945 befaßt, z. B. mit der Entnazifizierung und der Politik der NPD.

Die europäische Frage ist nicht mehr eine internationale Frage unter anderen. Sie muß vom Nebengleis des „nur“ Internationalen weggeholt und zu einer Problemkomponente aller gewerkschaftlichen Tätigkeit gemacht werden. Andererseits sollte sie nicht zu einer Oberidentifikation mit "Westeuropa als kontinentaler „Nation“ führen, so daß die interregionale Solidarität und Zusammenarbeit (Ost-West; Nord-Süd; Beziehungen zu USA und Skandinavien) nur ein Schön-Wetter-Ziel wie der ältere Internationalismus vor dem Ersten Weltkrieg würde.

Gewerkschaftliche Zurückhaltung gegenüber der europäischen Integration

Bei den Gewerkschaften ressortiert „Europa“ unter „Internationales“ zusammen mit den Beziehungen zum AFL-CIO, zu den „Arbeitnehmerorganisationen“ sozialistischer Länder sowie zu den Gewerkschaften der Rohstoff-, Niedriglohn- und Arbeiteremigrationsländer. Damit wird zwar formell die „internationale“ Struktur der Europäischen Gemeinschaft (EG) — jedenfalls was ihre politische Entscheidungsebene betrifft — nachgeformt: zugleich wird jedoch die Aufgabe versäumt, daß die Gewerkschaften einen Rückstand aufzuholen haben und eigene Initiativen zur demokratischen Konstituierung einer supranationalen Staatsfunktion in Westeuropa ergreifen müßten: denn die privatkapitalistische Zusammenarbeit der großen Konzerne ist der staatlichen Integration weit vorausgeeilt. Aber bei den größten sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschaften außerhalb der Bundesrepublik besteht eine deutliche Zurückhaltung, sich aktiv an der neuen europäischen „Superpower in the making“ (*Galtung*) zu beteiligen. Zwar ist dieser anti-europäische Affekt in den genannten Organisationen im Abnehmen begriffen; er besteht aber nicht grundlos.

.Die meisten großen sozialdemokratischen Gewerkschaften haben im nationalstaatlichen Bereich eine so bedeutende Stellung erlangt, daß sie in diesem Rahmen strukturelle Fortschritte (Mitbestimmung, Bildungspolitik, Veto-Macht der Arbeiterbewegung gegenüber der Wirtschaftspolitik usw.) erwarten. Gegenüber diesem „Spatzen in der Hand“ erscheint die Möglichkeit der Beeinflussung oder gar Transformation der Steuerungsstruktur im kontinentalen Maßstab als „Taube auf dem Dach“. Darin liegt eine spezifische Gefahr. Es könnte nämlich sein, daß sich die nationalen Regierungssysteme in den kommenden Jahren zu einem demokratischen *Palliativ* entwickeln, während die zentralen Entscheidungskompetenzen aus diesem Bereich auf die europäische Ebene gezogen werden, ohne daß hier entsprechende demokratische Einflußmöglichkeiten bestehen oder auch nur die Interessen der Arbeiter und Angestellten wirksam repräsentiert werden können.

In anderen Gruppierungen der Arbeiterbewegung gründet die Skepsis gegenüber der europäischen Integration in der Sorge, daß in der Europäischen Gemeinschaft (bzw. NATO, EPZ usw.) ein imperialistisches Bollwerk entsteht, das vor allem auf eine verbesserte politische Abstützung europäischer Großunternehmen und *Multinationals* in ihren Beziehungen zur dritten und vierten Welt abzielt. Auch dieses Argument ist nicht aus der Luft gegriffen, zumal eine verstärkte Auseinanderentwicklung der Industrieländer und der Rohstoff- bzw. der armen Länder nicht nur humaner Solidarität spottet, sondern auch wohlverstandene Eigeninteressen der europäischen Arbeiterbewegung gefährdet (Gastarbeiter, Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer, Gefahr einer Militarisierung der EG bei verschärften interregionalen Beziehungen). Allerdings ist die Folgerung, die „nationale“ Karte gegen Brüssel auszuspielen, höchst fraglich, weil die genannten Tendenzen sich ohne gewerkschaftliche Gegenmacht in Europa nur noch

ungehinderter auswirken können. Soll gewerkschaftliche Beteiligung aber nicht nur den Einstieg in ein kurzfristig profitables Ausbeutungskartell darstellen, bleibt der Ausbau enger Beziehungen zu anderen Regionen ein auch für die europäische Politik wesentliches Korrektiv.

Europa als gewerkschaftliche Aufgabe

Die Gewerkschaften sind im europäischen Integrationsprozeß in die Defensive geraten. Wenn es nicht gelingt, eine offensive europäische Gewerkschaftsstrategie zu entwickeln und zu verwirklichen, könnte sich die Verlagerung von Staatsfunktionen auf die supranationale Ebene gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten wenden.

Während die Gewerkschaften des IBFG in der Phase des Marshallplans und der Montanunion wesentliche Träger des europäischen Integrationsprozesses waren und teilweise aus dieser Funktion sozialpolitische Fortschritte herleiten konnten, sind sie im Machtsystem der EWG und EG kein gewichtiger Faktor geworden. Sie haben weder auf den diplomatischen Entscheidungsapparat dieser Gemeinschaften noch auf die transnationalen Unternehmensverflechtungen und den beschleunigten Waren- und Währungsaustausch einen wesentlichen Einfluß ausüben können.

Derzeit wirken die Gewerkschaften auf den europäischen Integrationsprozeß von vier Ansatzpunkten aus ein: Als nationale *Pressure-Group* über die einzelstaatlichen Regierungen und über die internationalen Berufssekretariate, als fachgewerkschaftliche Kontrahenten auf die multinationalen Unternehmen. Daneben und weit weniger wirksam koordinieren die nationalen Verbände ihren Konsensbereich im EGB, während Problemlösungen für divergierende Interessen kaum erzielt werden; außerdem durch gewerkschaftliche Repräsentanten im Wirtschafts- und Sozialrat, der aber seinerseits kaum Macht auszuüben vermag. Verlängerte man dieses System in eine Phase, in der supranationale Institutionen mit parlamentarischer Abstützung und einer zweiten Kammer der Staatsregierungen wesentliche Kompetenzen der Globalsteuerung und der Konfliktdämpfung übernommen haben, so würde gewerkschaftlicher Einfluß diese Ebene durchweg erst in mediatisierter Form erreichen, während das große Kartell der nichtkommunistischen Gewerkschaften durch seine sich gegenseitig paralysierenden Strukturprinzipien der nationalen, politischen und fachlichen Besonderung weitgehend handlungsunfähig wäre.

Da es eine wirtschaftliche Integration im privaten, überstaatlichen Bereich Europas bereits gibt, droht die „naturwüchsige“ Integration den nationalen Demokratien die Legitimierung von Entscheidungen zuzuschieben, an deren Zustandekommen sie nur durch gegenseitige Lähmung beteiligt waren. Deshalb ist es von zentralem Interesse, die in den nationalen Systemen angelegten Partizipations- und Kontrollmöglichkeiten auf die europäische Ebene auszudehnen. Um den Vorsprung des Kapitals einzuholen, müßte also der Faktor Arbeit zur treibenden

Kraft bei der Bildung funktionsfähiger demokratischer Institutionen auf supranationaler Ebene werden. Die Direktwahl eines einflußlosen Parlaments ist demgegenüber eine Augenwischerei. Da die den Arbeitern und Angestellten verbundenen Parteien durch ihre Beteiligung an der staatlichen Außenpolitik und ihre Orientierung auf Wechselwähler zu sehr von dieser Herausforderung abgelenkt sind, kommt hier gewerkschaftlichem Drängen und Planen besondere Bedeutung zu. Auf der anderen Seite dürfte auch die Phase, in der ein überstaatlicher Bereich privater Integration dem Kapital besonders ungehinderte Expansion bot, zu Ende gehen. Die Harmonisierung der Konjunktur-, Währungs- und Regionalpolitik ist für die Kalkulation der Unternehmen wichtig, krisenhafter Legitimierungsschwund in den Nationalstaaten kann nicht ihr Interesse sein, wohl aber die Ausklammerung demokratischer Mitbestimmung und Umverteilung aus den europäischen Institutionen zugunsten ihrer Konzentration auf ökonomische Koordination, innere Sicherheit und außenpolitischen Machtgewinn der Region.

Unterstellt man diese Trends als richtig, so entfällt die Frage, ob jetzt Fortschritte zu politisch integrierten Institutionen notwendig sind, zugunsten des Problems ihrer politischen Konstituierung und ihrer Offenheit für demokratische Einflußnahme.

Ähnlich wie in der Konstituierungsphase der Weimarer Republik und der Bundesrepublik könnten die Gewerkschaften bei der europäischen Konstituierungsphase durch eine vorwiegend sozialpartnerschaftliche Haltung wie in der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ der Weimarer Zeit oder durch eine Unterschätzung schrittweiser und experimenteller Institutionalisierungen wie bei der Schaffung des Grundgesetzes ins politische Abseits geraten.

Es muß ein Konzept gesucht werden, das innergewerkschaftliche Konflikt- und Problemlösungen und ihre integrierte Vertretung gegenüber den jeweiligen Adressaten auch auf supranationaler Ebene erlaubt.

Ansatzpunkte für wirksame Organisationsformen

Kurzfristig zeichnet sich kein qualitativer Sprung zu einem westeuropäischen Bundesstaat ab, der nach außen klar abgrenzbar wäre und nach innen alle anderen politischen Ebenen relativierte. Vielmehr ist in einem längeren krisenhaften Prozeß eine schrittweise Verlagerung politischer Macht zu Lasten der Einzelstaaten auf ein Mehr-Ebenen-System zu erwarten, wobei im kontinentalen Maßstab die Grenzen zwischen innen und außen funktional variieren dürften. Darauf sollten die Gewerkschaften mit einer elastischen, auf politische Problemebenen bezogenen Organisation antworten.

Die Vorstellung der früheren europäischen Bewegung des ersten Nachkriegsjahrzehnts, daß die wirtschaftliche Integration quasi automatisch zu Vereinigten Staaten von Europa führen werde, ist durch die Praktizierung dieser Politik widerlegt worden. Im Gegenteil hat sich die wirtschaftliche Integration als Problem-entlastung für die meisten nationalstaatlichen Systeme (internationale Unterneh-

menskonzentration und Arbeitsmarkterweiterung, Agrarsubvention) herausgestellt. Diese Erfahrung wurde in einer Phase des Ressourcenreichtums und anhaltenden Wachstums gemacht. In den siebziger Jahren stehen jedoch die Nationalstaaten angesichts der ersten Anzeichen für eine Kartellierung von Rohstoffmärkten der beherrschenden Tendenz zur Transnationalisierung der Produktion und Kapitalkonzentration und zur Beschleunigung des internationalen Geldumlaufs einem neuen Problemdruck gegenüber: Sozioökonomischer Effizienzverlust bedroht die Regierungen mit soziopolitischem Legitimierungsschwund. Deshalb haben die Versuche zugenommen, die politische Steuerung auf die Ebene der Organisation der fortgeschrittensten Produktionsweise zu heben, um Währungs-, Steuerungs- und Konfliktdämpfungsfragen wenigstens in einer Problemverdichtungsregion besser in den Griff zu bekommen. Die Versuche zur Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion sind jedoch angesichts der Interessendivergenzen der einzelnen Regierungen bisher nicht zum Erfolg gelangt.

Zugleich besteht sowohl wirtschaftlich wie politisch eine Tendenz, die Bearbeitung einer Reihe regionsüberschreitender Probleme auf supranationaler Ebene anzusiedeln — etwa institutionelle Ost-West-Kooperation, kollektive Verhandlungen mit den Rohstoffländern, Assoziierung und Migrationsfreiheit bei Mittelmeerländern, Bildung größerer Freihandelszonen, vielleicht auch die Beziehungen zu den USA. Diese Integration funktionaler Zusammenschlüsse in das europäische System sprengt die Vorstellung von einem Regionalstaat und wirft besondere Beteiligungsprobleme auf, da jede Organisation die geographische Ausdehnung ihres Problems hat und den Aufbau integrierter Mitbestimmungs- und Interessenvertretungsorgane erheblich erschwert. Werden jedoch wesentliche Befugnisse von den Nationalstaaten auf solche höheren Ebenen gezogen, so dürfte dies auch die Sonderentwicklung und Aufwertung subnationaler Regionen fördern. Daraus könnten neue Interessengemeinschaften von Subregionen erwachsen, wie sie sich jetzt schon in der Regionalpolitik der EG abzeichnen.

Wenn im Zuge der europäischen Integration und der vermehrten Beteiligung der Gewerkschaften beim Kampf um Globalsteuerung, Lebensbedingungen und Regionalpolitik eine gewisse Aufteilung der bisher auf nationalstaatlicher Ebene konzentrierten Interessendefinition und politischen Machtausübung auf höhere und niedrigere Ebenen stattfindet, führte das Konzept einer apparathaft zentralisierten Kontinentalgewerkschaft für die gesamte Europäische Gemeinschaft zum Alptraum eines gigantischen Immobilismus. Die politischen Differenzen der einzelnen, mehr oder minder mit bestimmten Parteien identifizierten Gewerkschaften könnten nur durch politische Neutralität, nicht Unabhängigkeit, bereinigt werden. Würden jedoch die internationalen Berufssekretariate zu kontinentalen Branchenorganisationen ausgebaut, dann müßten die politischen Organe in einem unüberwindlichen Abstand von der Basis auf extrem hohen Säulen ruhen. Dadurch würden die Gewerkschaften in der Ausübung ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die sich bei reduziertem Wachstum, vermehrter Mitbestimmung und

erhöhter beruflicher Mobilität noch erheblich steigern dürften, entscheidend behindert. Daß angesichts der unterschiedlichen nationalen Entwicklungsniveaus und der Interessengegensätze von Einheimischen und Wanderarbeitern das nationale Strukturprinzip eine aktive gewerkschaftliche Interessenvertretung jenseits der Nationalstaaten sehr ungünstig beeinflusst, hat schon die bisherige Entwicklung in der EWG gezeigt. Gleichwohl können diese konkurrierenden Strukturen nicht einfach weggewischt werden, und sie haben auch einen jeweiligen Bereich der Berechtigung. Es wäre deshalb eine in ihrer inneren Struktur wesentlich elastischere, mehrdimensionale Organisation sinnvoll. Eine solche Organisation müßte je nach der Einflüßebene und den zu behandelnden Problemen differenzieren und den derzeitigen Dualismus etwa im Deutschen Gewerkschaftsbund oder im britischen Trades Union Council (TUC) — Stärke der branchenorientierten Tarifpartner, Schwäche als politischer Interessenverband — angesichts, künftiger Aufgabenverschiebungen überwinden können. Die Betonung problemorientierter ebenenbezogener Integration der gewerkschaftlichen Binnenorganisation ist auch am ehesten geeignet, sonst als Sprengsatz wirkende Fragen zu versachlichen (z. B. Gastarbeiterproblem unter Beteiligung der Betroffenen) und weltanschauliche Gegensätze in der praktischen Arbeit in den Hintergrund treten zu lassen. Nur die großen Einheitsgewerkschaften — einschließlich innergewerkschaftlicher Gruppierungen wie „Express“ in der Bundesrepublik und „workers control“ in Großbritannien — sind zur Vertretung eines solchen Konzepts gegenüber den weltanschaulich zersplitterten, regionalpolitisch defensiven Gewerkschaften „Lateineuropas“ in Frankreich und Italien, aber auch in Spanien und Portugal, fähig und können auch dort mit einem Potential für Zusammenarbeit unterhalb der Organisationsspitzen rechnen.

Integration kommunistisch geführter Gewerkschaften

Die Stärke der deutschen und englischen Gewerkschaften darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Isolierung der größten „lateineuropäischen“ Gewerkschaften im europäischen Rahmen verhängnisvolle Konsequenzen hätte, sowohl für den Aktionsspielraum der EGB-Gewerkschaften wie auch für die gewerkschaftliche Interessenvertretung auf supranationaler Ebene und die politische Entwicklung Lateineuropas.

Der Organisationsstand in den lateineuropäischen Ländern ist im Verhältnis zur BRD oder gar zu England gering, besonders gering bei den katholischen, sozialdemokratischen und liberalen Gewerkschaften (teilweise auch in Benelux). Ihre Kleinheit und ihre Konkurrenzsituation im eigenen Land hat den Großteil dieser Gewerkschaften bereits in den fünfziger Jahren supranationalen Zusammenschlüssen besonders aufgeschlossen gemacht, da sie äußeren Rückhalt bei den Parallelgewerkschaften anderer Länder suchten. Innerhalb ihrer Länder waren einige von ihnen besonders stark am amerikanischen Modell orientiert und wurden zum Teil von den Unternehmern auch als Tarifpartner vorgezogen, um durch

spezifische Lohnfortschritte zur Umorientierung der Arbeiter beizutragen. Der EGB, der diese Organisationen mit DGB, TUC und LO einerseits, andererseits aber auch mit einer Reihe von Gewerkschaften außerhalb der EG zusammenfaßt, erreicht insofern im Norden Europas die Masse der Arbeiterbewegung, die hier jedoch allenfalls im deutschen Fall zu den treibenden Kräften der Integration gerechnet werden kann, im Süden und Westen des Kontinents jedoch organisiert er eher integrationsorientierte Randschichten der Arbeiterschaft.

Würde hier keine Brücke zu den größten Gewerkschaften gebaut, trüge der EGB im kontinentalen Maßstab zur institutionellen Verfestigung jener Entsolidarisierungsprozesse bei, die sich bereits bei der gewerkschaftlichen Organisation im nationalen Rahmen gerade auch in der BRD als zunehmende Gefahr darstellen.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunistischen Gewerkschaften in Frankreich und Italien (CGT und CGIL) hat sich von einer der europäischen Integration scharf ablehnenden Haltung in der Zeit des kalten Krieges langsam einer radikal-reformistischen Position innerhalb der Systeme der EG genähert, insbesondere die CGIL. Ähnlich dürfte es auf längere Sicht auch in Spanien und Portugal zu erwarten sein. Allgemein bilden sich die lateineuropäischen Kommunisten derzeit zu einer eigenständigen sozialistischen Kraft um, die die verfassungsmäßigen Voraussetzungen (nicht jedoch die gesellschaftlichen Verhältnisse) ihrer Länder akzeptieren und ihre frühere Bindung an die Sowjetunion und an das volksdemokratische Entwicklungsmodell abbauen. Die von ihnen geführten Gewerkschaften dürften deshalb in Hinblick auf ihre Binnenstruktur und Politik bereits zum größten Teil innerhalb der Spielbreite z. B. des DGB liegen. Diese beiden Gewerkschaften sind die in der Arbeiterschaft Italiens und Frankreichs weitaus am besten verankerten Gruppierungen. Würden sie in eine europäische gewerkschaftliche Zusammenarbeit nicht integriert, könnte sich daraus eine Lage wie in der Endphase der Weimarer Republik ergeben: nämlich daß der Aktionsspielraum der EGB-Gewerkschaften an die politische Mitte gebunden und links beschränkt ist und damit eine Desintegration ganzer Arbeitergruppen in kritischen Lagen ermöglicht wird, die auf europäischer Ebene etwa über Wanderarbeiter zur Gewerkschaftsspaltung führen könnte. Der Immobilismus der ihre Einheit vorbereitenden ADGB, DGB und Hirsch-Dunckerschen in der Weltwirtschaftskrise, der diese dem Faschismus gegenüber fast wehrlos machte, braucht sich nicht zu wiederholen. Die CGT-CGIL sind nicht mit der RGO zu vergleichen, und die ideologischen Fronten des kalten Krieges sind in der Auseinandersetzung etwa mit multinationalen Unternehmen weitgehend irrelevant. Da schon der Weg zu vermehrter Supranationalität in Europa krisenhaft zu werden verspricht, verträgt sich die gewerkschaftliche Rolle in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht mit einer Mittelposition und mit einer einseitigen Anbindung an solche Organisationen, die nur Randschichten der Arbeiterbewegung ihrer Länder repräsentieren oder parteipolitisch mit Übergewichtigen mittelständischen und unternehmerischen Gruppen verflochten sind.

Hinsichtlich der Frage, wie eine Zusammenarbeit mit CGT-CGIL im europäischen Rahmen organisiert werden kann, bietet die Erfahrung der einheitsgewerkschaftlichen Phase Europas in den ersten Nachkriegsjahren eine warnende Analogie. Damals entstanden gerade in Italien und Frankreich die Einheitsgewerkschaften als Spitzenkartelle; bei der sekundären Zusammenlegung der Organisationen und Mitgliedschaften setzten sich in aller Regel gerade die weniger demokratischen, „taktischen“ KP-Funktionäre durch, so daß sich ihre Partner bald aus den Organisationen herausgedrängt fanden. Auch wenn man unterstellt, daß der Typ des „stalinistischen Taktierers“ in diesen Organisationen heute weit weniger verbreitet ist, dürfte eine Einleitung der Zusammenarbeit durch die Apparatspitzen nicht der Weg sein, der das positive Potential in CGT-CGIL in seiner Entwicklung zur Demokratie und Autonomie fördert. Die Zusammenarbeit innerhalb Westeuropas sollte durch Kontakte auf unterer und mittlerer Ebene — wie der DGB sie ja auch im Ost-West-Verkehr fordert — und durch konkrete gemeinsame Aktionen eingeleitet werden, die für beide Teile Vorteile bringen. Daß die Angst vor „Unterwanderung“, die der älteren Generation noch in den Gliedern sitzt, überwunden werden kann, zeigt das Selbstbewußtsein, mit dem die viel problematischeren Kontakte mit Arbeitnehmerorganisationen sozialistischer Länder betrieben werden.

Neue Aufgaben innerhalb der „Grenzen des Wachstums“

Auch wenn eine europäische Harmonisierung der Volkswirtschaften gelingen sollte, bedeutete dies nicht die Rückkehr zum „Wirtschaftswunder“ und zur passiven Loyalität einer gewerkschaftlichen Mitgliedschaft, die mit ihrem Lohnfortschritt zufrieden ist. Soll dies nicht zu einer tiefgreifenden Zersetzung gewerkschaftlicher Solidarität führen, muß m. E. die Tarifpolitik teilweise dezentralisiert, die Mitgliedschaft auch an lokal- und regionalpolitischen Entscheidungen unmittelbar beteiligt, sowie die innerverbandliche Demokratie und die Akzentverschiebung der gewerkschaftlichen Stoßrichtung zugunsten qualitativer und struktureller Probleme weiter vorangetrieben werden.

Die langanhaltende Nachkriegsprosperität erklärt sich teilweise aus dem materiellen Aufbau der Kriegszerstörungen, teilweise aus der Erschließung und Durchorganisation der Weltmarkts und dem Einsatz antizyklischer Steuerungsmethoden zur Herstellung stetigen Wachstums. In dieser Phase, in der die Bundesrepublik durch verhältnismäßig günstige Wachstumsbedingungen besonders herausragt, hat der DGB durch seine gesamtwirtschaftlich disziplinierte, zunehmend zentralisierte Lohnpolitik eine Sonderstellung in den EG-Ländern eingenommen, die trotz abnehmendem Organisationsgrad sowohl bei den Mitgliedern wie auch in der Politik und bei den Unternehmern durch die unbestrittene Führungsposition seiner Apparate gekennzeichnet ist. Diese Sonderstellung läßt sich im Zuge der europäischen Integration weder einfach auf die anderen Länder ausdehnen, noch in eine neue Phase gesamtwirtschaftlicher Entwicklung ungebro-

chen überführen. Seit Mitte der sechziger Jahre sind die Konjunkturzyklen sowohl weltwirtschaftlich wie auch in unterschiedlichem Ausmaß und Rhythmus in den einzelnen europäischen Ländern wieder deutlich fühlbar geworden, wozu in bestimmten Fällen wie Großbritannien oder Italien tiefgreifende Strukturkrisen hinzukamen. Die Verteuerung, teilweise auch das absehbare Auslaufen derzeit wichtiger Produktionsfaktoren und eine neue Skepsis gegenüber den humanen und ökologischen Kosten un gelenkter Warenproduktion haben die „Grenzen des Wachstums“ zur Diskussion gestellt. *Europa: Herausforderung und Chance gewerkschaftlicher Politik*

Geht man zumindest von schrumpfenden Zuwächsen aus, die zunächst als Leistungsabfall der ökonomischen Steuerung gedeutet werden und langfristig die Ablösung des Wachstums als politischer Legitimierung zur Diskussion stellen, so entsteht daraus gerade für die Gewerkschaften ein Dilemma: Auf der einen Seite stoßen sie durch abnehmende Erfolge im Verteilungskampf eingefahrene Erwartungen ihrer Mitglieder vor den Kopf. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, ob die Gewerkschaften mit einer eindeutigen Wachstumsorientierung die wohlverstandenen Interessen ihrer Mitglieder — die ja nicht nur Lohnempfänger sind, sondern auch den Großteil der humanen und ökologischen Kosten des Wachstums tragen müssen — vertreten oder nur dem konfliktärmsten Weg des Fortschritts und damit auch ihrer Verbandsintegration folgen. Schwindet das Wachstum, stehen statt der Verteilung von Zuwächsen Umverteilung und Strukturprobleme auf der Tagesordnung, d. h. Konflikt und Politik. Die meisten Gewerkschaften (und insbesondere der DGB) haben dafür nationale Programme, z. B. aus wirtschaftsdemokratischer Tradition. Aber derselbe Prozeß entzieht den nationalen Rahmenbedingungen und sicher auch manchen Errungenschaften den Boden. Insofern bedeutet der in derselben kritischen Phase sich anbahnende Übergang zu Europa nicht nur eine organisatorische Herausforderung, sondern auch eine politische Chance, auf die Neuordnung ökonomischer Steuerung, auf die sozialen Prozesse politischer Legitimierung, auf die gesellschaftliche Prioritätensetzung, auf das Ausmaß der Staatstätigkeit und auf die strukturelle Angleichung der sozialen Sicherungssysteme nach oben hinzuwirken. Die Chance dieser Einflußnahme ist jedoch organisatorisch vermittelt. Sie steigt, wenn sich die Gewerkschaftsapparate nicht mehr primär als Vorkämpfer bei der Verteilung der Zuwächse rechtfertigen müssen, d. h. wenn zahlreiche Entscheidungen dezentralisiert werden und die Mitgliedschaft gestuft auch in die politische Verantwortung für die Produktions- und Reproduktionsbedingungen einrückt. Nur wenn rechtzeitig das Übergewicht der Führung zugunsten partizipatorischer Selbststeuerung und politischer Mitwirkung der Mitglieder abgebaut wird, wird der historische Prozeß des Aufbaus europäischer Supranationalität die Gewerkschaften nicht in einer inneren Krise und einem Zustand der Unfähigkeit in internationaler Zusammenarbeit finden.*

* S. die Anm. zu Grebing, S. 267.